

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

177 (4.8.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 85, Chefredakteur: Willy Grimm, Vertriebsstellen: Heidelberg, Rohrbacher Straße 13-15, Ruf 3421/25-01; Karlsruhe, Amalienstr. 69, Ruf 4023; Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2506; Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkzeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,65 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 077, Städt. Sparkasse Mannheim Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreisliste Nr. 2. Anzeigen werden entgegengenommen in den Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 177

Freitag, den 4. August 1950

Preis 15 Pfg.

Die Jugend folgt Max Reimanns Ruf

Mannheimer FDJ an der Spitze der Friedenskämpfer / Amerikanische Militarisierung westdeutscher Jugend stößt auf Widerstand

Mannheim. (EB) Die Freie Deutsche Jugend, Kreisverband Mannheim, hat dem Friedenskomitee als Erfolg ihrer Arbeit im Juli gestern 1893 Unterschriften zur Aechtung der Atombombe überreicht. Die jungen Mannheimer Friedenskämpfer sind von der Gewißheit erfüllt, das Soll von 3000 Unterschriften, das sie sich bis zum 1. Oktober gestellt haben, längst vor diesem Zeitpunkt zu erreichen. Sie glauben bis Ende August am Ziel zu sein. Die FDJ Mannheim berichtet, daß sie während der Unterschriften-sammlung für den Beschluß des Weltfriedenskomitees allein in den letzten drei Wochen 34 Neuaufnahmen für die FDJ getätigt hat.

Junge Deutsche tragen keine amerikanischen Waffen

Wetzlar. (SVZ) Den Einheiten der in Wetzlar stationierten Industrie-Polizei wurde zum 1. September 1950 gekündigt. Ihnen wurde gleichzeitig nahe gelegt, sich einer neuen „Wacheinrichtung“ der Besatzungsmacht anzuschließen. Diese neue Einheit wird kaserniert werden und den Namen „Labour Service Company“ erhalten. 40 Prozent der Angehörigen der bisherigen Industrie-Polizei in Wetzlar entschlossen sich, andere Arbeit zu suchen.

Die „Sozialistische Volkszeitung“ Frankfurt schreibt dazu, daß dies nach Ansbach und Langendiebach der dritte bekannte Fall ist, wo junge Deutsche in amerikanischen „Arbeitskompanien“ mit der Waffe in der Hand ausgebildet werden sollen. Wie in den vorausgegangenen Fällen zeigte sich auch in Wetzlar, daß die deutsche Jugend nicht bereit ist, sich schrittweise an Arbeitern in amerikanischen Diensten zu Soldnern der amerikanischen Armee machen zu lassen. Die deutsche Jugend erkennt, auf welche Weise mit ihr Schindluder getrieben werden soll. Die Freie Deutsche Jugend sammelt unter ihren Fahnen alle Jugendlichen, die sich nicht im Interesse des anglo-amerikanischen Imperialismus gegen ihr eigenes Volk mißbrauchen lassen.

Die 1893 Unterschriften zur Aechtung der Atombombe, die die FDJ Mannheims sammelte, haben vorwiegend Jugendliche gegeben. Ebenso war es ein großer Prozentsatz Jugendlicher, der vorgestern auf der Mannheimer Kundgebung für den großen Friedenskämpfer Max Reimann gegen dessen Immunitätsraub durch die reaktionäre Bundestagsmehrheit demonstrierte. Es ist der größte Schlag für die Kriegstreiber im Westen, wenn es ihnen nicht gelingt, die Jugend Westdeutschlands für ihre volksfeindlichen Ziele einzuspinnen zu können.

Jeden Tag 44 Unterschriften

Stuttgart. (EB) Die FDJlerin Heidi B. hat in Stuttgart seit der Friedensaufgebots-Konferenz der FDJ am vergangenen Sonntag 131 Unterschriften zur Aechtung der Atomwaffe gesammelt. Sie nutzte dazu jede Minute vor Beginn ihrer Arbeitszeit und in ihrer Mittagspause, um in den Straßen der Stuttgarter Innenstadt die Passanten aufzufordern, sich in ihre Friedenslisten einzutragen.

Die Jugend hat Max Reimanns Appell verstanden

Mannheim. Aus vielen Meldungen aus Westdeutschland geht hervor, daß die Jugend Max Reimanns Appell, die bisher erreichte Zahl in der Unterschriftensammlung für den Frieden zu verdoppeln, verstanden hat. Es darf aber keinen Friedensfreund geben, der hinter der Jugend zurücksteht. Jeder Arbeiter im Betrieb, je-

der Angestellte in seinem Büro, jede Hausfrau soll in ihrem Kreis sammeln, damit erreicht wird, was der große Friedenskämpfer Reimann für uns in Westdeutschland als notwendig verkündet hat.

Deutsche, gebt eine klare Entscheidung!

Heidelberg. (EB) Die in amerikanischen Diensten stehende Industrie-Polizei, Hei-

England muß Dollarimperialismus sekundieren

Die Anglo-Amerikaner drücken sich im Sicherheitsrat um den Kern der Fragen

New York. (EB) Die Mittwoch-Sitzung des Sicherheitsrates wurde vom britischen Delegierten eröffnet. In der Debatte über die von dem Vorsitzenden vorgeschlagene Tagesordnung, die die Anerkennung des Vertreters der zentralen Volksregierung Chinas und die friedliche Beilegung des Korea-Konfliktes enthält, verlangte der Vertreter der USA, daß als erster Punkt der amerikanische Antrag, wonach der „Angriff“ Nordkoreas erneut zu verurteilen sei, behandelt werden solle.

Wie in der Sitzung am Vortage, wurde der amerikanische Delegierte von dem britischen Delegierten unterstützt. Er behauptete, daß die Frage der Vertretung Chinas in der UN in keinem Zusammenhang mit dem Korea-Konflikt stehe. Auch der französische Delegierte setzte sich für die Behandlung des amerikanischen Antrages als erster Punkt der Tagesordnung ein. Malik stellte fest, daß die Vertreter der Westmächte offensichtlich versuchten, durch eine Debatte über Verfahrenfragen dem Kern der Sache aus dem Wege zu gehen. Er schlug daher nochmals vor, die Punkte der Tagesordnung in der vorliegenden Reihenfolge zu erörtern.

Im weiteren Verlauf der Tagesordnungsdebatte gingen die Vertreter der Westmächte dazu über, Propagandarede für die USA-Intervention in Korea zu halten. Ma-

delberg, hat auf den 1. September 1950 ihre Kündigung erhalten. Die Kündigung wird wirksam, wenn sich die Angehörigen der Industrie-Polizei bis dahin nicht entschieden haben unter der Bedingung einzutreten, kaserniert und in leichten Waffen ausgebildet zu werden. Alle die, die sich zu diesem verschleierten amerikanischen Militärdienst melden werden, erhalten vom 1. September nicht mehr Gehalt, sondern Sold.

Wer sich Gedanken macht, was Deutschland und seiner Einheit not tut, wer sich klar darüber wird, wohin dieser amerikanische Kurs führt, dürfte keinen Zweifel haben, wie er sich entscheiden muß. Die Interessen des deutschen Volkes gehen allen anderen Interessen vor und über allem

steht das Gebot, nichts zu tun, was den Kriegstreibern in der Welt Vorschub leistet.

Hilfe für die inhaftierten Friedenskämpfer

Auf der nationalen Front

Berlin. (EB) Auf der Tagung des Ausschusses der Nationalen Front der Hauptstadt am Mittwoch, wurde einstimmig beschlossen, einen Aufruf an die Berliner Bevölkerung zu richten. Die Berliner Bevölkerung wird in dem Aufruf aufgefordert, gegen die Schikanen zu protestieren, denen die noch immer inhaftierten Friedenskämpfer durch die Anordnung der Westberliner Verwaltung ausgesetzt sind. Weiter wird aufgefordert, die Freilassung der Friedenskämpfer zu erzwingen und mit ihnen Solidarität zu üben.

lik griff wiederholt ein und forderte die Delegierten nachdrücklich auf, sich ausschließlich darüber zu äußern, in welcher Reihenfolge die Punkte der Tagesordnung behandelt werden sollen, die sie vom Thema selbst sprechen. Nach einer mehr als einstündigen Sitzung vertagte sich der Rat, ohne zu einem Ergebnis gekommen zu sein.

Der „Daily Worker“ in London schreibt zu den Verhandlungen des Sicherheitsrates, daß Großbritannien unter amerikanischem Druck von seiner Politik der Anerkennung Peking abweiche. Großbritannien werde dazu gedrängt, die USA bei ihren feindlichen Handlungen gegen das Volk der Volksrepublik China zu unterstützen.

Max Reimanns Stimme ist die Stimme des Volkes

Energischer Protest des Nationalrates gegen den Bonner Rechtsbruch

Max Reimann, der mutige Kämpfer für Frieden, Einheit, Unabhängigkeit und Demokratie, ist wiederum in Gefahr, seiner Freiheit beraubt zu werden. Unter fadenscheinigen und verlogenen Vorwänden haben die Abgeordneten in Bonn, mit Ausnahme der Kommunisten und eines Sozialdemokraten beschlossen, die Immunität des Abgeordneten Max Reimann aufzuheben.

Eine Welle von Entrüstung geht durch ganz Deutschland: „Hände weg von Max Reimann!“ Das ist die Forderung, die in Hunderten von Telegrammen aus Betrieben, Werkstätten, Verwaltungen, Gütern und MAS im Namen von Millionen Werktätigen gestellt wird.

Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland als der berufene Sprecher aller deutschen Patrioten erhebt energischen Einspruch gegen den Bonner Rechtsbruch. Jedes Attentat gegen die demokratischen Grundrechte ist ein Angriff gegen die nationale Ehre des deutschen Volkes. Es muß flammende Proteste hervorgerufen.

Max Reimann ist nicht mündig tot zu machen, denn die Stimme Max Reimanns, des mutigsten Patrioten Westdeutschlands, ist die Stimme des ganzen deutschen Volkes.

Wie lange noch sind Amis in Korea?

Vor dem Hinauswurf der USA-Interventionisten

Tokio. (nach Reuter und ins) Das großprecherische Hauptquartier der Amerikaner im fernen Osten meldet das Zurückweichen der Interventionstruppen um durchschnittlich 10 km pro Tag. Längs des Naktong-Flusses seien neue Verteidigungsstellungen durch die Amerikaner bezogen worden, wo — es ist schon zum hundertsten Male — endgültiger (!) Widerstand geleistet werden soll.

Im Südbereich ist es der koreanischen Volksarmee gelungen, bis in unmittelbare Nähe der Eisenbahnverbindung zwischen Pusan und Taiku vorzustoßen. Im Mittelabschnitt gelang es ihr, die Offensive bis Taiku, dem neben Pusan noch strategisch wichtigsten Punkt, vorzutragen.

Die amerikanische Interventionisten ver-

suchen weiter, die Serie ihrer Niederlagen durch Bombenabwürfe größten Ausmaßes auf die Zivilbevölkerung wettzumachen.

Inzwischen haben die Interventionisten eingestanden, daß Kuntsoon gefallen ist. Wie berichtet wird, stand im Mittelpunkt einer militärischen Lagebesprechung im Hauptquartier McArthur die Frage, wie lange die USA-Truppen ihren Brückenkopf Pusan in Südkorea noch halten werden können. Angesichts der nicht zu verhindernden Erfolge der koreanischen Volksarmee kam es darüber zu erregten Debatten. Dies, obwohl McArthur die Landung von zwei neuen Divisionen melden konnte.

300 000 Unterschriften in Schweden

Berlin. (EB) Die schwedische Chemikerin und Vorsitzende des schwedischen Friedenskomitees, Frau Dr. Eva Palmera, traf am Mittwoch in Berlin ein. Auf einer Zusammenkunft mit Professor Havemann, dem Vorsitzenden des Großberliner Friedenskomitees der Kämpfer für den Frieden und Friedel Malter vom Bundesvorstand des FDGE, berichtete die schwedische Friedenskämpferin von der Friedensarbeit in Schweden. 300 000 Unterschriften zur Aechtung der Atomwaffe wurden bisher in Schweden gesammelt. Die Mehrheit der schwedischen Bevölkerung setzt sich voll und ganz für die Aechtung der Atombombe ein, sagte Frau Dr. Palmera. Die schwedische Friedenskämpferin wies darauf hin, daß es schwedische Hafenarbeiter gewesen seien, die es in Göteborg abgelehnt haben, amerikanisches Kriegsmaterial zu entladen.

New Yorker Gewerkschaftskomitee protestiert bei Acheson

Berlin. „Der Zynismus Ihres Versuches, die bewaffnete Intervention in Korea zu rechtfertigen, wird völlig offenbar, wenn Sie behaupten, daß die Anwendung der Atomwaffe unter den obwaltenden Umständen eine zweitrangige Angelegenheit ist“,

heißt es in einem Telegramm, das Außenminister Acheson vom New Yorker Gewerkschaftskomitee zum Schutz des Friedens übermittelt wurde. „Die Massenvernichtung der Menschheit ist nichts Zweitrangiges. Ihre Versuche, die Friedensbewegung zu lähmen, werden nicht den gewünschten Erfolg haben.“ Die Ausfälle Achesons gegen die Friedensbewegung gäben immer mehr Amerikanern die Veranlassung, den Stockholmer Appell zur Aechtung der Atombombe zu unterschreiben, heißt es abschließend.

Ein Erich Weinert!

Berlin. (EB) Das Zentralkomitee der SED übersandte dem Arbeiterdichter Erich Weinert zu seinem 60. Geburtstag ein Glückwunschschreiben, in dem es u. a. heißt:

„Wir grüßen Dich, lieber Genosse Erich Weinert, in alter Kampfverbundenheit. Deine Verse sind den fortschrittlichen und friedliebenden Menschen in der ganzen Welt stets Signal und Aufruf zum Kampf bis zum endgültigen Sieg über alle Kriegshetzer, Unterdrücker und Ausbeuter.“

Wer heute verzagt

und nicht an seine Kraft und die der gesamten Menschheit glaubt, wer meint, Kriege seien unvermeidlich, der

setzt sein Leben aufs Spiel!

Seines und das von Millionen von Menschen. Den Wunsch nach Frieden darf man nicht in sein Herzkammerlein einschließen. Mehr denn je zuvor muß heute seinen Friedenswillen bekunden. Drohend wie nie zuvor steht die Kriegsgefahr und der ATOMTOD vor jedem einzelnen. ATOMBOMBEN machen keinen Unterschied zwischen einem Katholiken, einem Sozialdemokraten oder Kommunisten. Sie vernichten alles Leben. Wir aber wollen das Leben bejahen!

Das können wir nur, wenn der Friede auf der ganzen Welt gesichert ist. Demonstrieren wir deshalb bei den großen

Hiroshima - Gedenktag - Treffen

in Heidelberg und Pforzheim am nächsten Sonntag, 6. August, für den Frieden und ein besseres Leben ohne Furcht vor einem drohenden Krieg.

Landeskomitee Württemberg-Baden der Kämpfer für den Frieden

Die Macht der Friedensbewegung!

„Niemals in der Weltgeschichte hat eine Bewegung so große Macht gekannt. Auch das, was in dem vergangenen Jahrhundert nur ein großes Gebiet der Menschen war, ist heute möglich. Denn wir haben für uns nicht nur die Vernunft, wir haben die Kraft der Völker, die alle zusammen fähig sind, den Krieg zum Zurückweichen zu bringen, den Frieden triumphieren zu lassen. Gemeinsam werden wir diese Schlacht, die schönste von allen, gewinnen und so dem Tag der aufgehenden menschlichen Brüderlichkeit entgegengehen.“ Lafitte, Generalsekretär des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses.

Ein Stalingrad steht den USA-Eindringlingen bevor

Von Willy Grimm

In der Wochenschau der Kinos werden Bilder aus Korea gebracht. Im allgemeinen entsprechen sie den Bedürfnissen der Propaganda der amerikanischen Kriegstreiber. Man bekommt Kriegsmaterial auf Kriegsmaterial zu sehen, über das die Interventionstruppen der USA in Korea verfügen. Die Bilder über den „starken Amerikaner“, dem das „20. Jahrhundert gehört“, die über die Leinwand rollen, lösen Lächeln im Publikum aus. Goebbels hat schon erfahren, daß die raffinierteste Propaganda im luftleeren Raum schwebt und keine Wirkung erzielt und die USA-Propagandisten müssen das gleiche erleben. Amerikanischer Trotz imponiert nicht, wo die Interventionstruppen in Korea tag für Tag Niederlage um Niederlage einstecken müssen. Am Material, Krieg zu führen, fehlt es dem USA-Imperialismus nicht. Auch nicht an seinem unheilvollen Willen dazu. Es fehlt ihm aber an der Ueberzeugung, für was sie kämpfen, bei denen, die als USA-Soldaten im amerikanischen Krieg in Korea ihre Haut zum Markte tragen müssen. Das koreanische Volk ist im Kampf um seine Freiheit der überlegene Gegner des imperialistischen Kolosses Amerika. Es löst Lachen aus, wenn Bilder gebracht werden, wo dieser mit seiner Ueberlegenheit prahlt.

Es sollte uns nicht wundern, wenn einige Zeitungen, die nicht im Verdacht stehen, auch nur einen Millimeter aus dem Kielwasser des amerikanischen Kurses in Westdeutschland zu geraten, der Respektlosigkeit gegenüber ihren Brüdern geziehen werden, weil sie das „Pech“ der USA-Imperialisten in Korea nicht verstehen wollen. Es ist der Amerikaner, der Schläge bekommt, man gönnt sie ihm, nicht etwa deshalb, weil der Raubimperialismus auf seine freien Taten geschlagen bekommt, sondern nur deshalb, weil dieser noch nicht das „nötige Einsehen“ hat, daß Westdeutschland in weitestem Umfang remilitarisiert und die willfährige Marionettenregierung in Bonn im Kriege der Anglo-Amerikaner gleichberechtigt wird.

Immerhin, wir erfahren einiges. So, wenn die „Deutsche Zeitung“ über die Berichte des amerikanischen Hauptquartiers Mac Arthurs von oben herab schreibt. In einem Artikel „In der Zange der koreanischen Divisionen“ glaubt man eine Kritik und Darstellung der Verlogenheit Hitlerscher Heeresberichte zu lesen. Wir wollen uns dabei nicht aufhalten, aber eines wollen wir nicht durchgehen lassen. So heißt es in der „Deutschen Zeitung“: „Dünkirchen“ soll offenbar nicht als Modell (in Korea) dienen“. Die „Deutsche Zeitung“ fährt weiter: „Fast kann man sich fragen, ob eine Rückzusoperation nach dem Muster Dünkirchen überhaupt noch mit der Aussicht auf einen ähnlich glücklichen Ausweg möglich ist, ob es dafür nicht schon zu spät ist.“ Am Ende des von uns angeführten Artikels lesen wir dann: „Was zu drohen scheint, könnte eher die Erinnerung an Stalingrad, als an Dünkirchen wecken.“

Nicht ein Dünkirchen, das für die Briten katastrophal genug war, malt die „Deutsche Zeitung“ den USA-Interventionisten in Korea an die Wand, sondern ein Stalingrad, wie es Hitler erleben mußte und das seinen Untergang einleitete. Die „Deutsche Zeitung“ hätte unseren Beifall in dem, was sie richtig an den Ereignissen in Korea sieht, wenn ihr „richtiges Sehen“ nicht den unausgesprochenen Hintergedanken hätte, daß Hitlers Generale, nach denen vielfach, im Ausland wie in Westdeutschland, bereits wieder gerufen wird und die recht aktiv sind, für den Weltimperialismus, die protzigen Amerikaner, die „Beschützer vor unliebsamen Ueberassungen“ hätten sein können. Uns scheint, daß noch nicht alle „Illusionen vom Krieg der USA-Imperialisten“ durch ihre Niederlage in Korea verfliegen sind, von denen die

(Fortsetzung auf Seite 2)

Im Streiflicht gezeig

Gestapó-Sekretär beschuldigt 50 Morde begangen zu haben

Stuttgart. (dpa.) Der ehemalige Gestapó-Beauftragte in Toulouse Jakob Scheid wird von französischer Seite beschuldigt, innerhalb von elf Monaten etwa 50 Morde begangen oder veranlaßt zu haben. Das württembergisch-badische Befreiungsministerium teilte mit, daß Scheid nach den Ermittlungen der Zentralprüfkammer Ludwigsburg in Toulouse besonders politische Widerstandskämpfer ausgespielt und sich selbst vielfach aktiv an ihrer Ermordung beteiligt hat. Dies: Tötungen seien ohne gerichtliches Urteil erfolgt und in den meisten Fällen von Mißhandlungen grausamster Art begleitet gewesen.

Scheid hatte sich nach dem Zusammenbruch unter dem falschen Namen Fred Randers in Westdeutschland aufgehalten und war unter diesem Namen als „nicht Betroffener“ entnazifiziert worden. Als dann das Führen falscher Namen vom Bund amnestiert wurde, stellte sich Scheid freiwillig. Seine anschließende Verhaftung durch die Zentralprüfkammer Ludwigsburg im April dieses Jahres hat in zahlreichen französischen Zeitungen großes Aufsehen erregt.

Mutter verbrüht absichtlich ihr Kind Saarbrücken.

(ld.) Die Saarbrücker Kriminalpolizei verhaftete eine 26 Jahre alte Frau, die nach längerem Leugnen zugab, ihr elf Monate altes Kind, das am Montag mit schweren Verbrennungen in ein Krankenhaus eingeliefert worden

war, vorsätzlich längere Zeit in heißes Wasser gesetzt zu haben, um es zu töten.

Drei Tote bei Verkehrsunfall in Achern

Achern. (ld.) Drei Tote forderte ein Verkehrsunfall in Achern (Südbaden). Beim Zusammenstoß zwischen einem mit drei Personen besetzten dreirädrigen Kraftfahrzeug und einem mit Steinen beladenen Lastauto geriet das gerammte dreirädrige Fahrzeug in Flammen. Einer der Insassen verbrannte. Die beiden anderen wurden schwer verletzt und starben am Dienstagabend bzw. am Mittwochvormittag.

Schnellzug stürzt in Fluß

Tokio. In der Nähe der Ortschaft Tomakomai im Süden der japanischen Insel Hokkaido entgleiste am Dienstag ein Schnellzug auf einer Brücke und stürzte in den Fluß Otoppe. Zehn Personen wurden getötet und etwa zwanzig verletzt. (Nach apf.)

Überraschte Schuhdiebe

Detmold. (dpa.) Barfuß mußten Einbrecher aus einem Schuhgeschäft in Heidenoldendorf im Kreis Detmold flüchten, wo sie in der Nacht zum Sonntag Schuhe im Werte von tausend Mark stehlen wollten. Als sie ihre Beute zusammengepackt hatten, wollten sie sich selbst noch ein Paar „pickelne Treter“ verpassen. Sie lärmten dabei so übermütig, daß sie aufgestöbert wurden und überstürzt und ohne Beute das Weite suchen mußten.

(Fortsetzung von Seite 1)
 „Deutsche Zeitung in einem anderen langen Artikel ausführlich berichtet.“
 Bei all denen, die in Westdeutschland sich berufen fühlen, dem USA-Imperialismus gute Ratschläge zu geben, müssen auch noch einige Illusionen verfliegen. Voran bei der „Deutschen Zeitung“. Jede imperialistische Politik, gleich wer sie führt, gleich wie ausgekügelt sie sein mag, ist zur Niederlage verurteilt.

Die Weltfriedensfront ist stark und wächst. In ihr kommt zum Ausdruck, was die Mehrheit aller Völker bewegt. Kein Volk will Opfer des imperialistischen dritten Weltkriegs werden, der nur im Interesse einer überlebten, verfaulenden, zu nichts Positivem mehr fähigen Gesellschaftsordnung geführt würde. Das was den „klugen Oraklern“ als Geheimnis, als Ueberraschung bis zum Ereignis, wie in Korea erscheint, ist nur der Ausdruck der Ueberlegenheit all jener Völker, die gegen das Alte für das Neue, für eine wirkliche Zukunft der Menschheit kämpfen.

Stalingrad ist das Menetekel für die faschistischen Aggressoren des zweiten Weltkriegs gewesen. Die „Deutsche Zeitung“ hat zum rechten Zeitpunkt das Wort, an das sich die Erinnerung an einen großen geschichtlichen Wendepunkt knüpft, beschwören. Wir haben die Gewißheit, daß die Weltfriedensfront unter der Führung der großen Sowjetunion, unter der genialen Leitung Stalins all den Kräften, die die Menschheit in einen dritten Weltkrieg stürzen wollen, in der Lage ist, ein zweites Stalingrad zu bereiten.

Auf den Kopf gestellte Begriffe

von Wilhelm Karl Gerst
 Es ist notwendig, einmal einige Begriffe zurechtzurücken. In der „Neuen Zeitung“ fordert ein Mann, Otto Stolz genannt, der sich schon öfter durch Hetzartikel hervorgetan hat, schärfste Unterdrückungsmaßnahmen gegen die KPD, die Nationale Front, den Kulturbund und die FDJ, weil, wie er sagt, die Demokratie keine Toleranz gegen ihre Feinde üben darf. Es stünde dem schlecht an, nach Demokratie zu verlangen, dessen Ziel es ist, eine Diktatur an ihre Stelle zu setzen. Damit stellt Herr Stolz die staatsrechtlichen Tatsachen Westdeutschlands glatt auf den Kopf, seine falschen Behauptungen werden dadurch nicht wahr, wenn Jakob Kaiser sie dreimal am Tage wiederholt.

In Westdeutschland regiert die Hohe Kommission. Kein Mensch kann behaupten, sie sei eine demokratische, aus dem Willen des Volkes hervorgegangene Regierung. Sie selbst behauptet es auch nicht. Diese Regierung stützt sich auf das Besatzungsstatut, sie erläßt Gesetze, die tief in unsere staatsbürgerlichen Rechte eingreifen, sie unterhält eine eigene Polizei und übt richterliche Gewalt über uns aus. Die Regierung Adenauer darf nur ausführen, was von der Oberregierung genehmigt ist. An die Stelle dieser diktatorisch wirkenden Regierung will die KPD

Jede einzelne Unterschrift für die Aechtung der Atomwaffe, zählt im Kampf um den Frieden!

mit der Forderung nach Abzug aller Besatzungsmächte eine unabhängige, gesamtdeutsche, demokratische Regierung gesetzt wissen. Weil man die KPD hindern will, diese vernünftige und keineswegs feindliche Forderung, die doch die Forderung aller Deutschen sein muß, an das ganze Volk heranzutragen, unterdrückt man sie auf jegliche Art und beginnt jetzt, wie es in dem Artikel von Stolz gefordert wird, ihr die Säle abzutreiben, damit sie keine Versammlungen mehr abhalten kann und ihr die Benutzung der Einrichtungen zu verweigern, zu deren Erhaltung die Kommunisten genau so ihre Steuern bezahlen müssen, wie alle anderen Steuerzahler.

Daß es die BVP des Herrn Lütches in Düsseldorf ist, die in einer Eingabe an die Bundesregierung verlangt, man solle verhindern, daß am 10. September, dem Gedenktag der Opfer des Naziregimes, ausländische Delegationen der Naziopter nach Westdeutschland kommen, da diese hauptsächlich aus Kommunisten zusammengesetzt seien, das paßt durchaus ins Bild. Es wird vollständig sein, wenn Herr Lütches sich mit den Nazis verbündet, die einst in Kommunistenblut waten und für die heute Amnestie verlangt wird, da man sie nicht länger entbehren könne, zusammen photographieren läßt und darunter schreibt: Unsere Feindschaft war nur ein Mißverständnis.

Genau so ist es ein Mißverständnis, wenn diese Leute behaupten, sie kämpfen für die Erhaltung der Demokratie in Westdeutschland die von den Kommunisten bedroht sei. In dieser Beziehung sind die Fronten noch dieselben wie 1933, die Kommunisten haben sich in diesen 17 Jahren nicht gewandelt.

Aufgeschobene Verstaatlichung

London. (Nach dpa.) Die Verstaatlichung der britischen Stahlindustrie soll um ein Jahr verschoben werden. Die Entscheidung liegt in der Hand der Labour-Regierung.

Die britischen Verstaatlichungen, die meist als Sozialisierung ausgegeben wurden, haben damit nichts zu tun. Die bisherigen Besitzer werden voll ausbezahlt und haben meist noch die Nutznießung als leitende Angestellte. Die bisherigen Verstaatlichungen der Kohle- und Transportindustrie, sowie des Gesundheitswesens ergelten, weil diese für ihre Besitzer unrentabel geworden waren. Dabei hoffen diese, daß, wenn auf Kosten des Volkes die Rationalisierung der veralteten Industrien durchgeführt, eine der Labour-Regierung folgende Regierung der Konservativen dieselben ihnen wieder mit Gewinn ausliefern wird.

Daß die Verstaatlichung der Stahlindustrie aufgeschoben wird, dürfte Ausdruck der Tatsache sein, daß die auf Hochtoren kommende Kriegsrüstung den Unternehmen auch bei einem veralteten technischen Apparat genügend Profite sichert.

Wann hätten die Amerikaner ohne Rote Armee gesiegt?

Wenn die Amerikaner nicht die Rote Armee auf ihrer Seite gehabt hätten, die den größten Teil der Arbeit leistete, wer könnte dann sagen, wann die Amerikaner schließlich die Wehrmacht vernichtet hätten? „Le Monde“, Paris

Verstärkte Rüstungspolitik durch Marshallplan

Von Albert Stasch

Zu gleicher Zeit, da in der Deutschen Demokratischen Republik der Fünfjahrplan verkündet wurde, der eine Verdoppelung der Industrieproduktion vorsieht und zusätzlich über 800 000 neue Arbeitskräfte erfordert, haben die Minister der Bonner Marionettenregierung Anweisungen des Chefs der Marshallplan-Mission für Deutschland, Mister Hanes, entgegennehmen müssen, die selbst ihr kümmerliches Investitions-Programm ernsthaft gefährdet.

Am 18. Juli fand eine Besprechung Mister Hanes und seiner Mitarbeiter mit den Ministern Blücher, Erhard, Niklas, Schäfer und Storch und ihren Mitarbeitern statt, in der die Ausgabe der Gegenwerte aus den Marshallplan-Einführen „verplant“ wurden.

Die Einführen aus dem Marshall-Plan wurden von den deutschen Abnehmern zum vollen Werte in DM bezahlt und stehen zur Verfügung der Marshall-Plan-Mission, deren Chef Mister Hanes ist. Diese Gelder sammeln sich auf ein Konto der Bank Deutscher Länder an, die ab 7. Juni 1950 unter der Rubrik „Sonderkonten des Bundes“ ausgewiesen und im Sprachgebrauch Gegenwerte genannt werden. Diese Gegenwerte wurden an deutsche Interessenten zu einem Zinssatz bis zu siebenprozent ausgiehen.

Bis Ende Juni 1950 waren 1411,4 Millionen DM Gegenwerte ausgiehen. Dieses ist der eigentliche Betrag, der aus dem Marshallplan nach Westdeutschland und Westberlin geflossen ist. Dafür sind nach dem Vertrag vom 15. Dezember 1949 die Erlöse aus dem deutschen Außenhandel und Warenbestände in Westdeutschland verpfändet. Für den anormal hohen Zinssatz bis siebenprozent sind also — entsprechend der üblichen Kolonialpraxis — noch Pfänder hingegeben worden. Von einer Hilfe kann also nicht gesprochen werden. Uebrigens zahlen wir noch direkte und indirekte Besatzungskosten in Höhe von insgesamt 5,3 Milliarden DM, was auch bei der Beurteilung der „Hilfe“ beachtet werden muß.

Für das Marshall-Plan-Jahr 1950/51, das mit dem 1. Juli beginnt, erwartet die Adenauer-Regierung 1,8 Milliarden DM, auf die sie sich auch ihr sogenanntes Investitionsprogramm aufbaute. Jetzt hat Mister Hanes den Bonner Ministern erklärt, daß die Gegenwerte nicht 1,8, sondern nur 1,5 Milliarden DM betragen werden. Außerdem wird die Marshall-Plan-Mission weitere 300 Millionen DM in Reserve halten, so daß die Gegenwerte mit einem Schlage um ein Drittel gekürzt werden.

Das Königsspiel in Belgien

Verrat der SP-Führer lag im Interesse des Dollars

Das Königsspiel in Belgien ist zu Ende. Die katholische Partei, die Leopold trotz heftigster Proteste der Arbeiterschaft aus seinem Exil zurückrief, hat sich mit der liberalen Opposition dahingehend geeinigt, daß Leopold seine königlichen Rechte auf seinen Sohn überträgt, aber erst bei dessen Volljährigkeit abdankt. Der Führer der Rechtssozialisten, Herr Spaak, gab seinen Segen zu diesem faulen Kompromiß.

Die amerikanischen Imperialisten hätten Leopold gerne auf dem Thron gesehen und scheuten keine Mittel, um ihm bei dem Volksentscheid, der seiner Rückkehr voranging, mit Hilfe der Diktatur des katholischen Klerus eine knappe Mehrheit zu sichern. Für sie gab es keinen zuverlässigeren Mann als diesen König, der 1940 vor Hitler kapituliert, Hitlers Gast in Berchtesgaden war, während das belgische Volk in der Widerstandsbewegung kämpfte, und der den belgischen Goldschatz an den deutschen Faschismus auslieferte. Sie sind zwar zur Durchführung ihrer Politik nicht auf ihn allein angewiesen. Sie verfügen noch über andere ihnen dienbare Lakaien in diesem Lande, und Herr Paul-Henri Spaak, der rechtssozialistische Führer, ist nicht der letzte. Mit Leopold konnten sie sich aber offensichtlich am besten verständigen; vor allem wäre er am bereitwilligsten gewesen, den britischen Einfluß in Belgien und der reichen Kongo-Kolonie zugunsten des amerikanischen zurückzudrängen.

Den rechtssozialistischen Führern kam dieses Königsspiel zunächst nicht ungelegen. Es gab ihnen eine günstige Gelegenheit, in Opposition zu machen und zu versuchen, die 300 000 Arbeitslosen bei einer Bevölkerung von 8 Millionen von ihren wirklichen Lebensfragen abzulenken. Wie heroisch konnte sich doch Herr Spaak zeigen, der — nebenbei bemerkt — nach einem Bericht der „New York Herald Tribune“ vom 28. 7. 1950 beim Aufmarsch der Massen vor dem Königspalast „verschwand, sobald berittene Truppen erschienen und erst wieder zu sehen war, als die Unruhen aufgehört!“ Wie revolutionär konnte er sich gebärden, als er sich, ganz im Gegensatz zu den sonstigen Gewohnheiten der rechten sozialdemokratischen Führer, an die Spitze der Bewegung stellte und als er gegen die sonst von den sozialdemokratischen Führern als heilig geltenden Wahlentscheidungen, die unter dem Einfluß des Dollars zustande kamen, Sturm lie!

In Wirklichkeit ist Herr Spaak weder revolutionär geworden, noch hat er sich an die Spitze der Bewegung gestellt, um sie zum Erfolg zu führen, was seine Kapitulation auch zur Genüge bewies. Die Volksbewegung, die er nur zu einem kleinen Oppositionsspiel entfachen wollte, ist ihm über den Kopf gewachsen und er konnte sie nicht mehr bremsen. Die Volksbewegung gegen den verhassten König und, was die fortgeschrittenen Arbeiter betrifft, gegen die kompromittierte Monarchie überhaupt, ist so stark geworden, daß es im ganzen Lande zur Bildung von lokalen antileopoldischen Komitees kam, denen Sozialisten, Liberale und Kommunisten angehören und daß es in Lüttich, wo der Kampf die schärfsten Formen annahm, trotz des Widerstandes der liberalen und rechtssozialdemokratischen Führer sogar zur Bildung eines die Provinz umfassenden Komitees unter Einschuß der Kommunisten kam.

Als die Entwicklung so weit um sich gegriffen hatte, da lag es im Interesse der höheren Ziele der amerikanischen Politik, dieses Königsspiel rasch abzubrechen und die Einheitsfront der „drei großen Parteien“ wiederherzustellen, auch auf die Gefahr hin,

Für die Verteilung der verbleibenden 1,2 Milliarden DM unterbreitete Mister Hanes Vorschläge, die ihre Verwendung für „einige Schwerpunktprogramme bedeuten und zur Folge haben würden, daß eine Reihe von Gebieten für die Finanzierung mit ECA-Gegenwerten (ECA-Marshall-Plan) ausfallen würde“, heißt es in der amtlichen Mitteilung an die Presse vom 19. Juli. Welchen Schwerpunkten diese besondere USA-Fürsorge zuteil werden soll, wird in dieser Mitteilung nicht gesagt. Es ist aber nicht schwer zu erraten. Das Rüstungsfieber, das die amerikanischen Monopolisten erfaßt hat und mit dem Krieg in Korea eingeleitet wurde, veranlaßt sie auch, die deutsche Industrie in ihren Dienst zu stellen. Die britische Zeitung „Die Welt“ vom 17. Juli berichtete aus Washington: „Die Verwendung von Marshall-Plan-Gegenwertmitteln für den Ausbau der Verteidigung wird von der amerikanischen Regierung erwogen, wie Acheson am Mittwoch in einer Pressekonferenz mitteilte.“

Frankfurt. (EB). Auf einer Massenkundgebung in Sontra in Nordhessen, zu der Vertreter aller Schichten der Bevölkerung, Gemeindevertreter und Bürgermeister, vor allen Dingen aber die Kumpels vom Kupferschiefer-Bergbau erschienen waren, um zu der brennenden Frage der besonderen Notlage im Sontraer Gebiet und den notwendigen Maßnahmen Stellung zu nehmen, sprach der Landesvorsitzende der KPD Hessen, Oskar Müller. Er wies zunächst noch einmal auf die Tatsache hin, daß die eigentliche Ursache für den Notstand in diesem Gebiet auf die Anorfnung der Besatzungsmacht zurückzuführen ist, die den Befehl gab, die Schächte zu ersäufen und noch 1948, entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die Ofen demontieren ließ.

Oskar Müller verband die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes aller Bevölkerungsschichten um die Beseitigung der Notlage in Sontra mit der grundlegenden Frage, daß der Kampf um den Arbeitsplatz und die Sicherung des Lebens unserer Bevölkerung in erster Linie davon abhängt, daß es uns gelingt, den Frieden zu erhalten und die Kriegsvorbereitungen abzuwehren. Er zeigte am Verlauf und den Beschlüssen des III. Parteitages der SED, unter gleichzeitiger Darlegung der Entwicklung in Westdeutschland, daß es auch für uns keinen anderen Weg gibt, als ihn uns die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik zeigt.

Massenkundgebung in Sontra

Freiheit für Max Reimann! — Wir fordern Arbeit und Brot!

Die mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine längere Diskussion an, die sich zustimmend zu dem vom Referenten aufgezogenen Linie äußerte. Dann betrat eine Delegation der FDJ mit ihrer blauen Fahne das Rednerpult und verlas eine Protestresolution, in der sie sich scharf gegen die Aufhebung der Immunität des Friedenskämpfers und Ehrenmitgliedes der FDJ, Max Reimann, wandte. Die Versammlung schloß sich vollinhaltlich dieser Protestresolution an. Einmütig nahm die Versammlung eine weitere Entschließung an, in der sie von der Hessischen Regierung und der Bundesregierung die sofortige Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die Errichtung von zwei weiteren Schachtlöfen, die Inbetriebnahme der Schächte Wolfsberg und Schnepfenbusch und die unverzügliche Aufnahme der Verbindung mit dem Mansfelder Kupferbergbau in Eisenbahn durch die Entsendung einer Betriebsdelegation und durch Vertreter der Einwohnerschaft von Sontra forderte.

„Der Chef der ECA-Mission wies im übrigen daraufhin, daß die Freigabe der Counterpart Funds (Marshall-Plan-Gegenwerte, d. Verfasser) an bestimmte Bedingungen geknüpft würde, die insbesondere Umfang und Durchführung eines zusätzlichen deutschen Wirtschaftsförderungsprogramms, sowie Fragen der deutschen Agrar-, Außenhandels- und Haushaltspolitik betreffen.“
 Da die „bestimmten Bedingungen“, die Mi-

genwertmitteln für den Ausbau der Verteidigung wird von der amerikanischen Regierung erwogen, wie Acheson am Mittwoch in einer Pressekonferenz mitteilte.“
 Aus alledem drängt sich unabwieslich die Schlußfolgerung auf, daß die „Schwerpunkte“ rüstungswirtschaftlichen Charakter haben werden. Der Marshall-Plan zeigt damit immer unverhüllter seine wahre Funktion, als ein anti-sowjetischer Kriegsplan.

Die Volksfeindlichkeit des Marshall-Planes hat sich aufs Neue gezeigt. Die Abwendung der amerikanischen Pläne gegen das deutsche Volk macht einen nationalen Abwehrkampf notwendig, um die Unabhängigkeit Westdeutschlands aus dem amerikanischen Abhängigkeitsverhältnis zu erringen.

Die Deutsche Demokratische Republik zeigt mit ihrem Fünfjahrplan den Ausweg aus kolonialer Hörigkeit für das ganze deutsche Volk — aus eigener Kraft. Nicht der Marshall-Plan des Niedergangs, sondern der Fünfjahrplan des Aufbaues führt in eine nationale Zukunft der Selbständigkeit und Unabhängigkeit von imperialistischer Herrschaft. Damit ist der Weg in eine lichte Zukunft aufgezeigt, den das ganze deutsche Volk gehen kann und gehen wird.

Die ersten Betriebsproteste
 Nürnberg. Mit Entrüstung nehmen Betriebsrat und Gewerkschaftsvertrauensleute der Vereinigten deutschen Metallwerke von der fristlosen Entlassung eines Betriebsratskollegen durch die MAN-Direktion Kenntnis.

Die ersten Betriebsproteste
 Nürnberg. Mit Entrüstung nehmen Betriebsrat und Gewerkschaftsvertrauensleute der Vereinigten deutschen Metallwerke von der fristlosen Entlassung eines Betriebsratskollegen durch die MAN-Direktion Kenntnis.

Leipzig steht zu Max Reimann
 Leipzig. (EB) Angesichts der Bonner Willkürmaßnahmen gegen Max Reimann haben sich Zehntausende von Werktätigen aus den Großbetrieben der Stadt Leipzig solidarisch hinter den Kampf für die deutsche Einheit gestellt. In zahlreichen Resolutionen, die teilweise an Max Reimann persönlich gerichtet sind, geben die Leipziger Werktätigen ihrem Protest gegen die Unterdrückungsmethoden Ausdruck. Gleichzeitig geloben sie, vor den Kriegstreibern auf der Hut zu sein und an der Seite der Führerin des Weltfriedenslagers, der Sowjetunion, für den Frieden zu kämpfen. In der Resolution der Arbeiter des Großkraftwerkes Kulkwitz heißt es unter anderem:

„Max Reimann. Du bist nicht allein in Deinem Kampf für Wahrheit und Recht. Die Millionen Werktätigen der ganzen Welt stehen als eine unüberwindliche Front hinter Dir.“

Der amerikanische Krieg

Amerikanische Kriegsführung in Korea — eine Mahnung für uns Deutsche

Der Kommandant der 8. amerikanischen Armee, Generalleutnant Walker, drohte seinen Truppen mit einem „Gemetzel, wie es dies bisher noch nie in der amerikanischen Geschichte gegeben hat“. Mit den Worten, „es wird kein koreanisches Dinkirchen geben“, wollte er seine Truppen, beladen es nach einem Bericht der „New York Herald Tribune“ vom 21. 7. 1950 Einheiten gibt, die „wie aufgeschuchte Hasen laufen, ohne dem Feind merkliche Verluste zuzufügen“, wenigstens durch Erzeugung einer Stimmung von Hoffnungslosigkeit zum Widerstand antreiben.

Die „New York Herald Tribune“ muß zugeben, daß nicht nur die Truppen zur Führung eines Kolonialkrieges ungeeignet sind, sondern daß auch das Ausrüstungsmaterial zu wünschen übrig läßt. „Einzelne Ausrüstungsteile sind altmodisch und man entdeckte, daß einzelne Radiogeräte und sehr viel Telephonat verschimmelt waren, nachdem sie fünf Jahre in Okinawa gelagert hatten.“ (Darauf führt das Blatt den Zusammenbruch des Nachrichtenwesens in der Front zurück.)

Beim Lesen dieser Meldung wird man an eine andere erinnert, die am 28. 1. 1950 in demselben Blatt stand: „Mehr als 2 Milliarden Dollars Wert an Ausrüstungsgegenständen . . . wurden auf den Philippinen seit dem Tage des Sieges über Japan verloren, verschlumpert oder gestohlen, und die USA-Regierung weiß nicht, was sie von diesem riesigen Verlust halten soll. Die „New York Herald Tribune“ besitzt Kopien der Berichte der Armee-Gerichts-Untersuchungsabteilung, die im einzelnen beschreiben, wieviel von diesem Material . . . mit Einwilligung von Amerikanern und anderen Staatsangehörigen gestohlen wurde. Diese Diebstähle hängen zu der erstaunlich hohen Rate von 500 000 Dollars wöchentlich statt, und es sind Offiziere

und dienstverpflichtete Mannschaften der amerikanischen Armee, wie auch Angehörige anderer Nationalitäten in sie verstrickt . . . Die USA-Streitkräfte besaßen eine Tankfarm mit 17 Oeltankern und einer 35 Meilen langen Rohrleitung nach Bataan . . . Eine Untersuchung enthüllte, daß jede Spur von dieser Einrichtung . . . fast über Nacht verschwunden ist.“

Wenn auch Generalleutnant Walker die Möglichkeit eines Dinkirchen ausschließt, so haben die großen amerikanischen Zeitungen die Öffentlichkeit doch schon darauf vorbereitet. Die „New York Times“ vom 30. 7. 1950 veröffentlichte bereits eine Karte, auf der die „Verteidigungslinie“ für den Fall der Evakuierung eingezeichnet ist, und Walter Lippmann machte in der „New York Herald Tribune“ vom 31. 7. 1950 darauf aufmerksam, daß „wir auf die Möglichkeit vorbereitet sein müssen, daß Pusan nicht gehalten werden kann.“

Die amerikanischen Imperialisten lassen sich auch schon in Spekulationen darüber ein, daß sie nach Korea zurückkehren würden, wenn sie es verlassen müßten. Die Aussichten dafür schätzte Walter Lippmann allerdings sehr skeptisch ein: „Wir müssen damit beginnen, uns mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß es optimistisch wäre anzunehmen, man würde uns ungestört zum 38. Breitengrad vorzubereiten.“

Lippmann sieht noch andere Faktoren, die einer solchen Offensive im Wege stehen: die Erfolge der Wiedervereinigung des Landes und die Boden-

ster Hanes gestellt hat, das in Ausarbeitung befindliche Wirtschaftsförderungsprogramm, sowie die Agrar-, Außenhandels- und Haushaltspolitik der Regierung betreffen, bleibt für eine selbständige deutsche Entscheidung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik nichts mehr übrig, und es erweist sich auf neue, daß die Regierung Adenauer weiter nichts ist als eine koloniale Verwaltungsstelle, die in voller Abhängigkeit von den Kolonialherren wirtschaften muß.

„Deutscherseits konnte hierzu abschließend nicht Stellung genommen werden, weil nach deutscher Auffassung hierdurch zum Teil Fragen des Grundgesetzes berührt werden . . .“ heißt es im Anschluß an die eben zitierte Stelle in der Mitteilung an die Presse. Mister Hanes respektiert also selbst das von den Hohen Kommissaren angenommene Bonner Grundgesetz nicht, wie die Regierung zuzugeben genötigt ist, was die amerikanische Willkür demonstriert.

Mit diesen Verfügungen des Marshallplan-Chefs für Deutschland, Mister Hanes, wird der koloniale Zustand Westdeutschlands noch mehr ausgeprägt, und die westdeutsche Industrie in den Dienst der amerikanischen Rüstungswirtschaft gestellt. Ueber Westdeutschland ziehen sich somit die Kriegswolken immer dichter zusammen. Die großen Manöver in der Lüneburger Heide sind die militärische Begleitmusik des rüstungswirtschaftlichen Programmes für Westdeutschland.

Die Bundestagsfraktion der Kommunistischen Partei hat im Bundestag eine Anfrage über die Ausgabe und die Verwendung der Gegenwerte eingebracht, insbesondere verlangt sie Aufklärung, welches die „Schwerpunkte“ sind, auf die sich die restlichen Gegenwerte konzentrieren, und welche Bedingungen von der Marshall-Plan-Mission für die Freigabe von Gegenwertmitteln gestellt werden. Weiter wird eine Aufklärung verlangt darüber, was die Bundesregierung zu tun gedankt, um bei der Unvereinbarkeit der Bedingungen der Marshall-Plan-Mission mit dem Grundgesetz die deutschen Rechte und Interessen zu wahren. Hier stehen die Grundrechte und Interessen des deutschen Volkes auf dem Spiele, und das ganze deutsche Volk verlangt Aufklärung darüber, was die Marshallplan-Strategen im Schilde führen.

Die Volksfeindlichkeit des Marshall-Planes hat sich aufs Neue gezeigt. Die Abwendung der amerikanischen Pläne gegen das deutsche Volk macht einen nationalen Abwehrkampf notwendig, um die Unabhängigkeit Westdeutschlands aus dem amerikanischen Abhängigkeitsverhältnis zu erringen.

Die Deutsche Demokratische Republik zeigt mit ihrem Fünfjahrplan den Ausweg aus kolonialer Hörigkeit für das ganze deutsche Volk — aus eigener Kraft. Nicht der Marshall-Plan des Niedergangs, sondern der Fünfjahrplan des Aufbaues führt in eine nationale Zukunft der Selbständigkeit und Unabhängigkeit von imperialistischer Herrschaft. Damit ist der Weg in eine lichte Zukunft aufgezeigt, den das ganze deutsche Volk gehen kann und gehen wird.

Sozialdemokraten und Kommunisten

Gemeinsam gegen Unternehmerangriffe

MAN-Betriebsrat weist fristlose Entlassung zurück

Nürnberg. (EB) Die Belegschaft der MAN Nürnberg wurde von der Direktion in Kenntnis gesetzt, daß der Betriebsrat Hübner gibt die MAN-Direktion die an den Haaren herbeigezogene Behauptung an, daß Kollege Hübner / unter dem Verdacht der Veruntreuung von Belegschaftsgeldern stehe. Dem Kollegen wurde das Betreten des Betriebes sofort verboten. Dem Vertrauensmann Rök der Abt. 18 wurde zum 25. August gekündigt, die Betriebsräte Engelhardt, Martin und Büttner erhielten einen strengen Verweis, weil sie die Machenschaften der Direktion aufzeigten.

Der Gesamtbetriebsrat der MAN nahm zu der Maßregelung der Kollegen Stellung und wies die durch nichts bewiesene Behauptung energisch zurück. Der Gesamtbetriebsrat, sowohl seine sozialdemokratischen wie auch seine kommunistischen Mitglieder, fordert im Namen der Belegschaft die Wiedereinstellung ihres entlassenen Kollegen.

Die ersten Betriebsproteste

Nürnberg. Mit Entrüstung nehmen Betriebsrat und Gewerkschaftsvertrauensleute der Vereinigten deutschen Metallwerke von der fristlosen Entlassung eines Betriebsratskollegen durch die MAN-Direktion Kenntnis.

reforms. Er malt dieses nüchterne Bild aber nur um den verbrecherischen Vorschlag zu propagieren, „durch Luftangriffe alle größeren Städte und die wichtigsten Industriewerke Nord- und Südkoreas zu zerstören.“

Diese amerikanische Strategie muß uns auch in Deutschland zu denken geben. Der amerikanische Imperialismus ist trotz seiner Kriegspolitik nicht in der Lage, gegen die Befreiungsbewegung der Völker zu siegen. Er ist aber bereit — die bisherigen Luftangriffe in Korea beweisen dies schon zur Genüge — das Land zu zerstören und sich an Frauen, Kindern und Greisen für seine Niederlagen zu rächen. Dabei macht er keinen Unterschied zwischen Nord- und Südkorea und würde ebenso wenig einen solchen zwischen Ost- und Westdeutschland machen. Es besteht darüber hinaus die riesengroße Gefahr, daß im Falle einer Ausdehnung des amerikanischen Krieges auf Deutschland, die Atomwaffe zur Anwendung käme und die Vorbereitungen zur Sprengung des Lorelei-Felsens verwirklicht würden und damit ein großer Teil unserer Heimat der Vernichtung preisgegeben würde.

Die Abwehr dieser, drohenden Gefahr ist für alle Deutschen, die ihre Heimat und das Leben ihrer Lieben schützen wollen, von dringender Notwendigkeit. Um dieses Ziel zu erreichen, stehen vor dem ganzen deutschen Volke als vorrangigste Aufgaben die Sammlung von Unterschriften für das Verbot der Atomwaffe und die Aechtung der Regierung als Kriegsverbrecher, die sie zuerst anwenden würde, die Bildung von Friedenskomitees in Stadt und Land und die Verteidigung des konsequentesten Friedenskämpfers in Deutschland, Max Reimann, dessen Immunitätsberaubung einen Schritt in Richtung auf den Krieg darstellt.

Hiroshima mahnt zum verstärkten Kampf für den Frieden

Vor fünf Jahren explodierte über Hiroshima die erste Atombombe. In einer Zehntel Sekunde fanden 80 000 Menschen den Tod. Viele Tausende wurden zu Krüppeln. Heute fordern erneut gewissenlose Politiker, wie der englische und amerikanische Abgeordnete Roberts und Rivers den Abwurf der Atombombe über Korea. Heute sollen es koreanische Frauen und Kinder sein, morgen wären es Deutsche.

Friedliebende Menschen! Begegnen den Kriegshetzern durch Unterzeichnung der Beschlüsse von Stockholm.

Unterstützt die Friedenskomitees: im Sammeln von Unterschriften und der Bildung von Friedenskomitees in Betrieben, Städten und Dörfern. Tragt die Unterschriftenliste in jeden Betrieb, Straße und Haus, in jede Schule und Büros, auf jede Veranstaltung.

Organisiert gemeinsame Aktionen!

Die kommenden Tage und der 6. August sollen den Kriegshetzern eine ernste Warnung sein und die Front des Friedens stärken.

Jede Unterschrift, jede Stubenversammlung, jede Kundgebung, jedes Komitee ist ein Baustein für den Frieden.

Heraus zur Friedenskundgebung am Sonntag, 6. August in Heidelberg und Pforzheim

Kriegsbeschädigte, heraus zum Hiroshima-Tag!

Das Heidelberger Treffen der Friedenskämpfer zum Tage von Hiroshima ist undenkbar ohne Eure aktive Teilnahme. Euch, den Opfern des letzten Krieges, die Ihr aus der Hölle der Materialschlachten in Europa und Nordafrika nichts als das nackte Leben gerettet, aber schweren Schaden an Gesundheit und Gliedern erlitten habt, gebührt an diesem Schreckenstage der Menschheit der vorderste Platz in der Reihe derer, die für den Weltfrieden, gegen die Kulturschande des Atomkrieges marschieren.

An diesem Tage, an dem vor fünf Jahren zum ersten Male entfesselte Atomkräfte das Entsetzen über das unglückliche Hiroshima brachten, werden von Friedrich-Ebert-Platz durch Heidelberg Hauptstraße die Kämpfer für den Frieden zum Karlsruher marschieren. An der Spitze dieses Zuges soll Ihr Euch mit Euren Krücken bewegen, und der Anblick Eurer Prothesen soll die Tränen und Gleichgültigen aufrütteln. Jeder Mutter, die heute noch voll Stolz und Glück ihre Kinder heranwachsen sieht, soll damit eingepreßt werden, was Krieg ist, jeder Vater dabei vor dem Gedanken schauern müssen, seine Söhne dereinst einmal verstümmelt zu sehen.

Die „Kampfmittel“ des nächsten Luftkrieges werden 20-Zentner-Bomben und Luftminen noch weit übertreffen, die Flächenbrände der Phosphorbomben ein Kinderspiel sein gegen die Verheerungen der Super-Atombomben. Wie ein Pesthauch wird es sich über Mannheim legen, ein Pesthauch, der alles Leben erötet! Denkt daran, daß auf der Karte der amerikanischen Strategen ein Atomplatz über Mannheim eingezeichnet ist! Wollt Ihr beiseite stehen? Viele von Euch sind nicht einmal in der Lage, für die verstümmelten Glieder eine Prothese anzuschaffen und müssen bei kleiner Rente hungern, während Generale schon wieder Pensionen beziehen und von der Aufstellung neuer deutscher Divisionen träumen.

Soll sich das alles noch einmal wiederholen, Schmerzen, Verstümmelung und zum Dank noch hinterher den Hunger? Nein und abermals nein. Auf denn zum Friedentreffen in Heidelberg am 6. August. Heraus für den Frieden, für Leben und Gesundheit Eurer Frauen und Kinder.

Verwaltungsreform bisher ohne jeden Erfolg

Entlassen wurden die Unbelasteten, die 1945 in die Bresche sprangen — Wieder eingestellt wurden die Beamten der Nazizeit

Stuttgart, (EB). Der württembergisch-badische Landtag behandelte in zweiter Lesung den außerordentlichen Haushaltsplan, in dem u. a. 1,5 Mill. DM für den Aufbau des Großherzogpalais in Karlsruhe vorgesehen sind, in dem das Bundesgericht untergebracht werden soll. Für die Bundesbahn und den Wiederaufbau der zerstörten Karlsruher Rheinhäfen sind zur Gewährung von Darlehen je 3,6 und 1 Mill. DM eingesetzt. Bei der Behandlung des Staatshaushalts-

Mannheimer! Heraus zur Friedenskundgebung in Heidelberg!

Am Sonntag, den 6. August 1950 auf dem Friedrich-Ebert-Platz. Treffpunkt der Mannheimer Teilnehmer 9 Uhr, OEG-Bahnhof, gegenüber der U-Schule. Abfahrt der Sonderzüge 9.20 und 9.30 Uhr. Teilnehmerpreis 1 DM. Rückfahrt kann mit beliebigen Zügen der OEG angetreten werden.

gesetz wandte sich Abg. Schätzle, (KPD) gegen das Verlangen der Regierung, 80 Mill. DM für Staatsbürgerschaften zur Verfügung zu stellen. Die Gesetzesvorlage sah ursprünglich 45 Mill. und der Antrag des Finanzausschusses (der gegen die KPD-Fraktion angenommen wurde) 60 Mill. vor. Es sei nicht zu vertreten, so meinte Schätzle, daß eine so hohe Summe für die Übernahme von Risiken für nicht genügend gesicherte Kreditgewährung von Banken eingesetzt werde, die Leidtragenden seien immer die Steuerzahler. Zur Verwaltungsreform sagte Abg. Schätzle, während sich der Verwaltungsaus-

Atomkrieg droht! Hiroshima mahnt!

Mannheimer Friedenskomitee besprach Friedentreffen am 6. August in Heidelberg

Mannheim. Das Mannheimer Komitee der Kämpfer für den Frieden tagte am Mittwochabend im „Arion“ unter dem Aspekt der letzten organisatorischen und technischen Vorbereitungen der Teilnahme der Mannheimer Friedensfreunde am Tage von Hiroshima, am Sonntag, 6. August, in Heidelberg. Der Friedrich-Ebert-Platz wird an diesem Tage der Schauplatz einer großangelegten Kundgebung sein, deren Durchführung in den Händen des Heidelberger Friedenskomitees liegt.

Es bleibt angesichts dieser wichtigen Tagung tief bedauerlich, daß die Delegierten der Großbetriebe wie auch jene, die an der Bremer Hafenarbeiterkonferenz teilgenommen hatten, trotz ausdrücklicher Benachrichtigung durch unsere Presse und den „Mannheimer Morgen“ fernblieben und damit das Friedenskomitee hinsichtlich einiger konkreter Tagesaufgaben (unter anderem des zu verteilenden Materials an Flugblätter und Plakaten) in einigem Dilemma brachten. Erst die aktive Teilnahme der Großbetriebe ermöglicht es, den Friedenskampf auf breitere Basis zu stellen und die Friedensfront auch betrieblich zu untermauern.

Der Sekretär des Friedenskomitees, Redakteur Dr. Feith, umriß noch einmal in kurzen Worten die Bedeutung des 6. Augustes, als des fünften Jahrestages des Abwurfs der ersten Atombombe auf Hiroshima und zitierte im Zusammenhang damit ein Wort des englischen Atomphysikers Blakett, wonach mit diesem Abwurf nicht etwa Japan auf die Knie gezwungen, sondern vielmehr der kalte Krieg gegen die Sowjetunion eingeleitet worden sei. Um die Bedeutung des Hiroshima-Tages noch sichtbarer zu machen, wies der Sprecher auf die Senatoren des amerikanischen Repräsentantenhauses, die die Anwendung von Atombomben gegen das koreanische Volk forderten, und den Chefredakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Herrn Dombrowski, hin, der den schändlichen Gedanken der Schaffung einer „Todeszone durch Westrußland“ erst jüngst zu publizieren gewagt hatte.

Die Diffamierung des Friedenskomitees der Öffentlichkeit durch die Unterstellung, es „arbeite für den Kommunismus“, wies Herr Rösinger vom Internationalen Versöhnungsbund in seinen ergränzenden Ausführungen zurück. „Das Friedenskomitee arbeitet für den Frieden“, erklärte Herr Rösinger, der sich in Mannheim von Anfang an selbstlos der Friedensarbeit widmet. „Wenn Kommunisten hier anwesend sind, dann vermutlich deshalb, weil diese sich für den Frieden entschieden haben.“

5 Todesopfer der Spinalen Kinderlähmung in Mannheim

Mannheim. (Iwb) Von 21 im Stadt- und Landkreis Mannheim an spinaler Kinderlähmung im Laufe dieses Sommers erkrankten Personen sind fünf gestorben. Drei der Todesopfer waren Erwachsene.

Wie vom Staatlichen Gesundheitsamt in Mannheim am Mittwoch weiter mitgeteilt wurde, könne auf Grund der bisher bekanntgewordenen Erkrankungen nicht von einer Epidemie gesprochen werden.

Mannheim soll Pendlern aufnehmen

Buchen. (Iwb) Die Stadt Mannheim hat sich bereit erklärt, von 430 „Pendlern“, die im Kreise Buchen leben, 50 aufzunehmen. Für diesen Zweck wurden der Stadt Geldmittel, die ursprünglich für den Kreis Buchen bestimmt waren, zur Verfügung gestellt. Die Mannheimer Stadtverwaltung setzte bei der Auswahl durch, daß von den 50 Pendlern, die durchweg nicht an einer Bahnlinie wohnen, nur 37 Umsiedler sind, der Rest dagegen Evakuirte, die auf diesem Wege wieder nach Mannheim zurückkommen.

Heidelberger Schauspieler erhielt ehrenvollen Auftrag aus der Schweiz

Heidelberg. (Iwb) Der Heidelberger Schauspieler Erwin Gutmann wurde eingeladen, die diesjährige Goethefeier in Olten (Schweiz) zu gestalten. Die Feier soll am 3. September stattfinden.

Verwaltungsreform bisher ohne jeden Erfolg

Entlassen wurden die Unbelasteten, die 1945 in die Bresche sprangen — Wieder eingestellt wurden die Beamten der Nazizeit

schuß bemüht habe, Vorschläge zu Verwaltungsersparungen auszuarbeiten, hätte der Finanzausschuß zur gleichen Zeit Hunderte von Verwaltungsstellen mehr bewilligt als bisher. Trotz allem Gerede um die Verwaltungsreform sei die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nur um 35 zurückgegangen. Die Mehrbewilligungen seien hier nicht inbegriffen. Die Leidtragenden bei den bisherigen Entlassungen waren diejenigen, die nach 1945 in die Bresche gesprungen sind und die während der RM-Zeit selbstlos gearbeitet haben. Unter ihnen befinden sich viele Kriegsverletzte, die Kündigungsschutz genießen, sagte der Sprecher der KPD-Fraktion. Für diese Menschen, die sich große Verdienste erworben haben, seien die alten Beamten des Dritten Reiches wieder eingestellt worden.

Abg. Leibrand sagte, es gebe nur einen Weg, um zu einer wirklichen Verwaltungsreform zu kommen. Eine Kommission müßte die einzelnen Verwaltungsstellen genau überprüfen und dann in einer bestimmten Zeit einen Abbau um soundsoviel Prozent verlangen. Leibrand wandte sich gegen eine Regelung der Regierungsparteien, die vorschah, daß jede zweite in der Verwaltung freierwerdende Stelle nicht mehr besetzt werden soll. Die KPD-Fraktion wandte sich ebenfalls gegen einen Antrag der Regierungsparteien, der „der obersten Dienstbehörde die Zur-Ruhe-Setzung eines Beamten, der das 62. Lebensjahr vollendet hat, auch gegen dessen Willen“ zubilligt. Außerdem stimmte sie dagegen, daß im Staatshaushalt 5 700 000 DM „Kassenhilfe“ für Schleswig-Holstein eingesetzt werden. Die Regierungsparteien stimmten dafür, obwohl sie klagen, daß viele Gelder aus Württemberg-Baden in andere Länder fließen.

Es wurde die Bildung einer Gruppe festgelegt, deren Ressort künftig die Propagierung des Friedensgedankens, das Herantragen des Flugblattmaterials an die Bevölkerung und die Plakatierung zu übernehmen hat. Hier stützt sich das Friedenskomitee weitgehend auf die jungen Kräfte aus der FDJ.

Das Landeskomitee hat eine Sondermarke mit der Picasso-Taube herausgebracht, die zu dem Stückpreis von zwei Pfennigen erhältlich ist und bei jeder Postsendung verwendet werden kann. Der Verkauf dieser Marke und ihre Verwendung wird eine ungeahnte Breitenwirkung haben und den Gedanken des Kampfes um den Frieden noch mehr in die Bevölkerung tragen.

An den Verband der Körperbeschädigten und an den Landesverband der Heimkehrer Nordbadens in Mannheim wird vom Friedenskomitee eine Aufforderung ergehen, am Tage von Hiroshima in Heidelberg teilzunehmen.

Eine Aussprache, die sich darum drehte, neue Formen und Methoden der Friedensarbeit zu entwickeln, nahm die Sitzung längere Zeit in Anspruch. „Wir müssen Eisbrecher in der Lethargie sein“, erklärte Herr Rösinger, „und die Menschen aufrütteln.“ Einmütig war man der Auffassung, daß die Haltung führender Persönlichkeiten vom Deutschen Gewerkschaftsbund in Mannheim beginnender Rüstungsproduktion und andererseits dem Friedenskomitee gegenüber heute nicht scharf genug verurteilt werden kann, da ein dritter Weltbrand droht.

Der Heidelberger Orchesterverein, ein Heidelberger Sängerkorchor und die Rezitationen einer bekannten Schauspielerin werden die Kundgebung auf dem Friedrich-Ebert-Platz künstlerisch umrahmen. Zwei Sonderzüge der OEG mit den Abfahrtszeiten 9.20 und 9.30 Uhr wurden bisher für die Mannheimer Teilnehmer bereitgestellt. Der eventuelle Einsatz weiterer Sonderzüge wird, je nach Teilnahme, erwogen und an dieser Stelle bekanntgegeben.

Zwei große Friedentreffen in Nordbaden

Heidelberg: Die Friedenskundgebung findet am Sonntag, dem 6. August, vormittags 11 Uhr, auf dem Friedrich-Ebert-Platz statt. Sie wird eingeleitet mit einer großen öffentlichen Unterschriftensammlung zum Verbot der Atombombe in allen Straßen Heidelbergs. Nach der Kundgebung wird sich die Demonstration der Friedensfreunde durch die Straßen Heidelbergs nach dem Karlsplatz bewegen und hier ihren Abschluß finden. An dieser Demonstration nehmen die Friedensfreunde aus den Kreisen Heidelberg, Weinheim, Eberbach, Tauberbischofshelm und Mannheim teil.

Pforzheim: Die Friedenskundgebung findet am Sonntag, dem 6. August, vormittags 11 Uhr, auf dem Marktplatz, unter Mitwirkung von Chor und Orchester, statt. Anschließend findet die Demonstration zum Friedhof über östliche Karl-Friedrich-Straße, Bahnhof, Luisenstraße, Güter-, Eberstein-, Hohenzollerstraße zum Friedhof, statt. Am Mahnmahl für die Bombenopfer des 23. Februar 1945 findet eine Trauerfeier mit Kranziederlegung statt. An diesem Friedentreffen beteiligen sich die Friedenskomitees aus den Kreisen Pforzheim, Karlsruhe, Bruchsal, Vaihingen-Enz.

Programm für das Friedentreffen zum Tag von Hiroshima in Heidelberg am Sonntag, dem 6. August 1950 11 Uhr: Öffentliche Friedenskundgebung auf dem Friedrich-Ebert-Platz. Eröffnung und Rezitation: Das Grauen von Hiroshima Ansprachen: Herr Arthur Ketterer, Stuttgart Herr Heinz Kaspar, Heidelberg Frau Maria Redlich, Mannheim Rezitation: Das darf nicht sein... Sprechchor: Hiroshima... (Mitwirkende: Schauspieler Wally Bischoff-Sessig Orchester und Volkschor) Anschließend Friedensdemonstration vom Ebert-Platz zum Karlsplatz Schlußansprache

Weinheimer Friedenskomitee rüstet zum Hiroshima-Treffen

Weinheim. Am Mittwochabend tagte im „Badischen Hof“ unter Vorsitz von Frau Arz das Weinheimer Friedenskomitee. Die Zusammenkunft war im besonderen Hinblick auf das Friedentreffen am 6. August in Heidelberg, dem Tag des Abwurfs der ersten Atombombe auf Hiroshima, einberufen worden. Das Weinheimer Friedenskomitee beschloß einstimmig, zu diesem Treffen eine Delegation nach Heidelberg zu entsenden.

Im Verlauf der Sitzung nahmen die anwesenden Mitglieder des Friedenskomitees schärfste Stellung gegen die augenblicklichen aktiven Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland. Dabei beschäftigte man sich besonders mit den in Manövergelände in der Lüneburger Heide aufgefundenen Schokoladepackungen mit Sprengstoffinhalt. Es dürfte nicht verkannt werden, daß es heute ernstlich um Sein oder Nichtsein unseres Volkes geht. „Wenn man im letzten Krieg auch noch von der Verwendung von Giftgasen absah,“ führte ein Friedenskämpfer aus, „so würde man in einem kommenden Krieg Heddenicher dieser Art nicht mehr haben, wird doch der Abwurf von Atombomben von den Kriegshetzern des In- und Auslandes bereits offen gefordert.“ Die Maske dieser Herren ist nun

gefallen. Es sei darum das dringendste Gebot der Stunde, mit allen Kräften dieses geplanten Verbrechens zu verhindern. Der Friedenskampf ist kein Idealismus, sondern sachlicher Realismus. Beispielsgebend sei unter anderem der heroische Friedenskampf der Arbeiter in Frankreich, die sich entschieden gegen jede Entladung von Kriegsmaterial im Rahmen des Atlantikpaktes wandten. Dieser Kampf muß uns Vorbild sein. Daran dürfte auch nichts der indirekte Druck von bestimmter Seite in Westdeutschland ändern, der gegen aufrechte Friedenskämpfer ausgeübt wird.

Es wurde noch bekanntgegeben, daß in Weinheim bisher 2500 Unterschriften für den Frieden und die Achtung der Atombombe gesammelt worden sind.

Allen Mitgliedern des Weinheimer Friedenskomitees, die sich an dieser Sitzung nicht beteiligen konnten, wurde zur Kenntnis gegeben, daß sich die Weinheimer Friedensfreunde zu dem Hiroshima-Treffen in Heidelberg am Sonntag, den 6. August, pünktlich um 8.50 Uhr, am OEG-Bahnhof einfinden. Der Zug nach Heidelberg fährt fahrplanmäßig um 9 Uhr ab.

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD, Kreis Mannheim

Alle Parteieinheiten (Stadtteile, Wohngebiets- und Betriebsgruppen) melden bis spätestens Freitag, 4. August, an die Kreisleitung S 3, 10 die Teilnehmerzahl für die Hiroshima-Kundgebung in Heidelberg. Ebenso die Anzahl der hergestellten Transparente, Karikaturen etc.

Neckarstadt-West. Freitag, 4. 8. 50, 19.30 Uhr, im Lokal „Goldene Schlange“ Funktionärsitzung.

Luzernberg. Freitag, 4. August, 19.30 Uhr, Lokal „Reiber“, Funktionärsitzung. Schönau, Samstag, 5. August, 20 Uhr, Lokal „Siedlerheim“, Filmvorführung „Stalingrad“.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Karlsruhe-Südwest: Donnerstag, 3. Aug. 1950, 20 Uhr, im Schreppschen Bierkeller, Mitgliederversammlung.

Karlsruhe-Daxlanden: Donnerstag, 3. Aug. 1950, 20 Uhr, im Gasthaus „Zur Sonne“, Die Gen. Lösch und Haid erstatten Bericht über den III. Parteitag der SED in Berlin. Freunde und Bekannte mitbringen!

Karlsruhe-Ost: Freitag, 4. Aug. 1950, 20 Uhr, im „Großherzog Friedrich“, Mitgliederversammlung.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg

Schönau: Donnerstag, 3. Aug. 1950, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Altleinborn: Donnerstag, 3. Aug. 1950, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Bammatal: Donnerstag, 3. Aug. 1950, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Gaiberg: Donnerstag, 3. Aug. 1950, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Sandhausen: Freitag, 4. Aug. 1950, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

St. Ilgen: Freitag, 4. Aug. 1950, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Wiesloch: Freitag, 4. Aug. 1950, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Walldorf: Freitag, 4. Aug. 1950, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Veranstaltungen der KPD Pforzheim

Alle Genossinnen und Genossen treffen sich am Samstag, den 5. 8. 50, 20 Uhr, im Parteilokal zwecks Einteilung der Mitarbeit für die Friedenskundgebung am Sonntag, den 6. August 1950.

Genossin Luise Leitz gestorben

Karlsruhe. Wieder erlitt unsere Partei durch den Tod einer verdienten Genossin einen schweren Verlust. Nach längerer, mit großer Geduld ertragenen Krankheit, starb die Genossin Leitz, Mühlburg, Nuitstraße 16, im Alter von 57 Jahren. Die Genossin war seit 1922 aktives Mitglied unserer Partei. Heute, Freitag, 4. August, vormittags 11 Uhr, findet auf dem Hauptfriedhof Karlsruhe (Krematorium) die Einäscherung statt.

KPD, Kreisvorstand Karlsruhe

TERMIN DER FDJ

FDJ Karlsruhe

Karlsruhe-Durlach: Freitag, 4. Aug. 1950, 20 Uhr, im „Tannhäuser“, Gruppenabend der FDJ-Gruppe Durlach.

Nachricht

Genossin Luise Leitz gestorben

Karlsruhe. Wieder erlitt unsere Partei durch den Tod einer verdienten Genossin einen schweren Verlust. Nach längerer, mit großer Geduld ertragenen Krankheit, starb die Genossin Leitz, Mühlburg, Nuitstraße 16, im Alter von 57 Jahren. Die Genossin war seit 1922 aktives Mitglied unserer Partei. Heute, Freitag, 4. August, vormittags 11 Uhr, findet auf dem Hauptfriedhof Karlsruhe (Krematorium) die Einäscherung statt.

KPD, Kreisvorstand Karlsruhe

Achtung!

Karlsruher Friedensfreunde!

Zur Friedenskundgebung in Pforzheim

treffen sich diejenigen, die mit Fahrrad fahren, am Sonntag, 6. August 1950, vormittags 7 Uhr, am Gottesauer Platz. Diejenigen, die mit Motorrädern fahren, vormittags 8 Uhr, am Gottesauer Platz. Diejenigen, die mit der Bahn fahren, treffen sich am Hauptbahnhof Karlsruhe. Abfahrt 7.55 Uhr.

Auf zum Friedentreffen in Pforzheim!

Lest die Zeitung, die eure Interessen vertritt und für Brot und Frieden kämpft

Ausschneiden und einsenden: Vertrieb „VOLKSECHO“ Mannheim S 3, 10

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab

BADISCHES VOLKSECHO VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

- a) durch Träger zum Preise von monatlich DM 2,50 einschl. Trägerlohn b) als Postabonnement zum Preise von DM 2,05 zuzügl. DM 0,54 Zustellgebühr c) im Streifenband zum Preise von monatlich DM 2,05 zuzügl. DM 0,96 Postgebühr (Nicht Zutreffendes bitte streichen)

Name

Wohnort

Straße u. Nr.

Ihre Anzeige ins „Badische Volksecho“

Billig! Billig! Billig!

Kleiderschränke

eintr. 69.- 75.- 85.- 95.- zweitür. 99.- 105.- 120.- 145.- 165.- dreitür. 170.- 210.- 225.- 235.- 265.- viertür. 285.- 345.- 375.- 395.-

Hch. Baumann & Co. Q 5, 4 Mannheim Q 5, 4

Drucksachen

liefert rasch und preiswert Rhein-Druck GmbH Mannheim S 3, 10

Holländer Blockkäse

500 gr. -0.85

Limburger 500 gr. -0.85

Lenzing H 5, 1

Diese Woche

biete ich an:

Weizenmehl Type 550 500 gr DM -0.31

Vanillinzucker 4 Beutel DM -0.18

Siam-Patna-Reis ein schöner Tafelreis 500 gr DM -0.68

Bruchnukaroni gute Qualität 500 gr DM -0.45

Tafelmargarine 500 gr DM -0.98

Tilsiter Käse 20% F. l. T. 500 gr. DM -0.75

Apfelwein 1/2 Flasche o. Gl. . DM -0.35

Neue engl. Matjesheringe in versohlenden Preislagen

PRIMA!

Gerüch-lefetter Speck 2.15 500 gr DM

Dörrfleisch 500 gr DM 2.35

Hartwurst fein u. grob 100 gr DM -0.57

Schreiber

GEGR. 1850

Jeder muß täglich etwas für den Frieden tun

Karlsruhe. Ein gutes Beispiel, was man täglich für den Frieden tun kann, gaben am Dienstagabend im Karlsruher Hauptbahnhof die Jungen und Mädel der FDJ von Karlsruhe. Alle Passanten wurden von ihnen angesprochen und aufgefordert, den Stockholmer Appell zur Aechtung der Atombombe zu unterschreiben. Überall sah man Gruppen, bei denen lebhaft über die Möglichkeit der Verhinderung eines Krieges diskutiert wurde und unermüdet versuchten diese jungen Menschen auch diejenigen für die Unterschriftsleistung zu gewinnen, die sich durch eine wüste Rundfunk- und Zeitungszetne in ihrem bestimmt vorhandenen Friedenswillen haben betören lassen.

Diese Jugend gab allen Zweiflern zu denken, wie sie mutig und unbeirrt die Sache des Friedens propagierte und sich auch nicht stören ließ oder gar wankend wurde, als Beamte der CIC die sammelnden FDJler fotografierten. Gläubten die Beamten der CIC etwa, daß sie durch solche Mätzchen junge Friedenskämpfer beängstigen oder gar von ihrem Kampf abbringen können?
Auch jene, die in den letzten Nächten in verschiedenen Bezirken der Stadt an Häuser und Mauern die Parole schrieben „Ami go home“ und „Kardinal Frings will Krieg“ haben etwas für den Frieden getan. Daß die Karlsruher Polizei Motorrad- und Fahrradstreifen eingesetzt hatte, um Jagd auf die Friedenskämpfer zu machen, ist sicherlich nicht eine Tätigkeit, auf die Polizisten stolz sein können. Auch sie sollten sich täglich fragen, wenn sie ihren Dienst beenden: Was habe ich heute für den Frieden getan? Die Polizeiuniform entbindet niemanden von seiner Pflicht, als Mensch seine höchste Aufgabe in der Sorge und im Kampf um die Erhaltung des Friedens zu sehen.

Obst- und Gemüsebauern vor dem Ruin

Stuttgart. (EB) Nach Ausführungen der Pressestelle des württembergisch-badischen Bauernverbandes stehen große Teile des Obst- und Gemüsebaus unmittelbar vor dem Ruin. Der Zusammenbruch der Obst- und Gemüsepreise habe dazu geführt, daß die Gesteungskosten heute schon über den von den Erzeugern erzielten Verkaufspreisen liegen. Die Existenzgrundlage unzähliger kleiner und kleinster Betriebe werde dadurch vernichtet. Der Bauernverband ist der Ansicht, daß an dieser Lage in erster Linie die unkontrollierbaren Einfuhren aus dem Ausland schuld sind.

(+) Die marshallisierte Wirtschaft Westdeutschlands und die damit zusammenhängende sogenannte Liberalisierung treiben unsere ganze Wirtschaft immer weiter ins Chaos hinein. Daß es gerade die Klein- und Mittelbetriebe sind, die in erster Linie darunter leiden, kennzeichnet am besten die Absichten, die man in Bonn auf Befehl von oben mit der heute betriebenen Wirtschaftspolitik verfolgt. Die Kleinen sollen zugunsten der Großen ruiniert werden.

Dagegen müssen sich die Obst- und Gemüsebauern wehren. Sie können das, indem sie sich zusammen mit den Arbeitern und Angestellten in der Industrie dafür einsetzen, daß der unheilvolle Einfluß der in- und ausländischen Millionäre aus-

Keine Hand für die Entladung von Kriegsmaterial

Weiheims Werktätige solidarisch mit Hamburger Hafnarbeitern — 24stündiger Generalstreik gefordert

In einer am Montag, 31. Juli 1950, in Weinheim stattgefundenen Funktionärskonferenz des DGB erklärten sich die Weinheimer Werktätigen solidarisch mit den Hamburger Hafnarbeitern, welche die Ausladung argentinischer Schiffe verweigerten. In der Entschlüsselung der Weinheimer Gewerkschaftler heißt es: „In der Angelegenheit der Anmeldeung von Schadensforderungen von unbekannten Gegnern in Hamburg gegen die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, wegen ihrem dortigen Streik bei der Ausladung argentinischer Schiffe ersuchen wir den Bundesvorstand, der Gewerkschaft Öffentliche Dienste und den beteiligten Hafnarbeitern unseren Dank auszusprechen, und sie aufzufordern, bei der Verladung oder Umladung von Kriegsmaterial in Zukunft genau so zu handeln.“

Der Ortsausschuß Weinheim des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hatte die Delegationen der Werksratsmitglieder und die Betriebsräte Weinheims zu einem Protestversammlungen gegen die unersetzten Preiserhöhungen und die Verschleppungen des Mitbestimmungsrechts ausgerufen.

Schäffer provoziert die Kriegsoffizier

Am 10. Juli 1950 haben Beauftragte des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschäftigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen bei dem Bundesfinanzminister Schäffer dagegen protestiert, daß er nur 2,610 Milliarden DM für die Finanzierung der Kriegsoffoperversorgung zur Verfügung gestellt hat. Dieser Betrag wurde als völlig unzureichend erklärt. Laut Pressedienst des Reichsbundes vom 11. 7. 50 äußerte Schäffer gegenüber der Delegation:

„Helfen Sie mir, den Kaffee- und Zigarettenschmuggel zu bekämpfen, und die Einkünfte einer Beseitigung des gegenwärtigen Schmuggels, die auf rund 800 Millionen DM geschätzt werden, sollen dem Ausbau der Kriegsoffoperversorgung dienen.“

Diese Aeußerung des Bundesfinanzministers ist eine unerhörte Provokation der Kriegsoffizier. Die Bundes- und die Länderregierungen haben weder den Willen noch

die Kraft aufgebracht, den ungeheuren Schmuggel, besonders von Zigaretten und Tabak einzudämmen oder gar zu beseitigen. Der Machtapparat dieses separaten westdeutschen Staates in Form von Polizeikräften und Gerichtsorganen hat sich als ohnmächtig gegenüber den Schmugglern und ihren Hintermännern erwiesen. Wer diese Hintermänner sind, wer die großen Organisatoren des Schmuggels sind, weiß in Westdeutschland jedes Kind. Die Beseitigung des Schmuggels scheidet daran, daß die Besatzungsmächte nicht gewillt sind, dagegen etwas Durchgreifendes zu unternehmen.

Sollen nun aber die Schwerkriegsbeschäftigten, die Beinamputierten auf die Schmuggler und ihre Hintermänner losgehen und sich so die Beträge für ihre Versorgung selber beschaffen? Schäffers Bemerkung offenbart den Zynismus dieses Sachbearbeiters des deutschen Monopolkapitals gegenüber den Kriegsoffizieren, gegenüber den notleidenden Massen.

Derselbe Schäffer, der vor kurzem hauptsächlich zugunsten der Großverdiener mit einem Jahreseinkommen von 15 000 bis zu 150 000 DM das Steueraufkommen um über 900 Millionen DM verringert hat, verweigert den hungernden Kriegsoffizieren eine ausreichende Versorgung.

fen. Die überaus gut besuchte Versammlung wurde von dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Weinheim, Kollege Seib, eröffnet, der die zahlreich Erschienenen herzlich begrüßte. Die Gewerkschaftler betonten übereinstimmend, daß sie nicht mehr gewillt sind, die fortlaufenden Verschleppungen untätig hinzunehmen. Sie kritisierten die schwache Haltung der rechten Gewerkschaftsführer und verlangten vom Bundesvorstand die Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen der Werktätigen. Um einen allgemeinen Preisabbau und die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes zu erzwingen, verlangten die Gewerkschaftler Weinheims die Ausrufung eines 24stündigen Generalstreiks, der dieses Mal auch auf Post und Bahn ausgedehnt werden müsse. Die Funktionäre des DGB Weinheim nahmen einstimmig zwei diese Forderungen enthaltenden Entschlüsselungen an.

Revision Gustav Dehms zurückgewiesen
Karlsruhe. (Iwb) Der zweite Strafsenat des Oberlandesgerichts Karlsruhe verwarf am Montag die Revision des wegen dreifachen Mordes zum Tode verurteilten Gustav Dehm aus Jöhlingen. An Stelle der ursprünglich verkündeten Todesstrafe sprach der Strafsenat eine lebenslängliche Zuchthausstrafe aus.

Gustav Dehm war am 13. April 1949 auf Grund eines Indizienbeweises wegen dreifachen Mordes an seiner Schwägerin und deren beiden Kindern zum Tode verurteilt worden.

Innenräume des Badischen Staatstheaters werden renoviert
Karlsruhe. (Iwb) Während der Theaterferien sollen die Wandelhalle und die Garderoben des im Konzerthaus untergebrachten Großen Hauses des Badischen Staatstheaters in Karlsruhe renoviert werden. Auch die Kriegsschäden an den Decken werden beseitigt. Um neue Geldquellen zu erschließen, werden in der Wandelhalle beleuchtete Vitri-

nen angebracht, die an Karlsruher Firmen vermietet werden sollen. Im Schauspielhaus wird zur Zeit ein geräumiges Theaterfoyer eingerichtet.

Staatliche Kunsthalle Karlsruhe
„Die Staatliche Kunsthalle Karlsruhe bleibt ab sofort jeden Montag wegen Reinigung geschlossen.“

Tragische Unglücksfälle
Bühl. Ein Motorradfahrer aus Neuweiler stieß hier in der Kurve am Scheidgraben mit einem Autobus der Stadtwerke Baden-Baden so unglücklich zusammen, daß er an den Folgen seiner Verletzungen kurze Zeit später verstarb.

Mannheimer Fassadenkletterer werden auch von Düsseldorf Polizei gesucht

Mannheim. (Iwb) Die beiden Fassadenkletterer, die die Mannheimer Bevölkerung mehrere Wochen lang in Atem hielten, warten zur Zeit im Landesgefängnis Mannheim auf ihre Aburteilung. Wie die Polizei mitteilt, konnten den beiden nicht nur 24 Einbrüche in Mannheim nachgewiesen werden, sie werden außerdem auch seit eineinhalb Jahren von der Düsseldorfer Kriminalpolizei wegen rund einhundert Einbrüchen gesucht.

Der eine der beiden Kletterer ist 38, der andere 51 Jahre alt. Keiner von beiden ist von Beruf Artist. Dafür können jedoch beide auf eine lange und erfolgreiche Tätigkeit als Einbrecher zurückblicken.
Die beiden „Experten“ waren übrigens mit schnittigen Personenwagen ausgerüstet.

Keine Ablesung der Zählerstände im August

Heidelberg. Die Ablesung der Zählerstände im Ferienmonat August ist, wie die Stadtwerke Heidelberg mitteilen, erfahrungsgemäß infolge Abwesenheit zahlreicher Abnehmer mit großen Schwierigkeiten verbunden. Aus diesem Grunde werden, wie in früheren Jahren, auch in diesem Jahre die Zählerstände im August nicht abgelesen und der Rechnungsbetrag des Vormonats für Gas-, Wasser- und Stromverbrauch erhoben. Der Ausgleich erfolgt mit der Aufnahme im September.

Sportliches Allerlei

Der Bremer Fußball-Verbandstag entschied sich am Samstag in Bremen mit eigener Amateurligastaffel weiter zu spielen, da den Vereinen die von Niedersachsen bewilligte Teilnehmerquote von vier Mannschaften gegenüber 35 Niedersachsens zu gering erschien.

Die deutschen Kanuvereine 1951 sollen nach einem am Freitag in Hannover gefassten Tagungsbeschluss am 4. und 5. August 1951 in Berlin ausgetragen werden. Der deutsche Kanuverband ist für den 3. und 4. April 1951 in Koblenz vorgesehen. Das am 3. September angesetzte 7. Hamburger Stadtparkrennen wird einen Lauf für Ausseifahrer bringen, da ein Rennen auf NSU-Foxmaschinen der 125-ccm-Klasse eingeleitet werden muß. Es ist wahrscheinlich, daß infolgedessen das Rennen der 500-ccm-Klasse nicht als letzter Wettbewerb gefahren werden kann.

Mit etwa 3000 Teilnehmern wird bei dem vom 11. bis 14. August in Heidelberg stattfindenden Alterstreffen der Turner gerechnet. Mit den Aktiven aus der näheren Umgebung dürften 1600 Wettkämpfer an den Spielen und Übungen beteiligt sein. Mitglieder der Deutschlandriege wollen ihre Künste im Rahmen turnerischer Massendarbietungen zeigen.

Eine internationale Besetzung durch schwedische, schweizerische und französische Teilnehmer wird das vom 31. Juli bis 6. August in Geislingen stattfindende Handballjugendturnier haben. Insgesamt nehmen zehn Mannschaften an diesem Wettbewerb teil, darunter auch norddeutsche, süddeutsche und Berliner Vertretungen.

Quer durch den Sport

Zum Beginn der „Kanal-Saison“
Einbeiniger Franzose will Kanal durchschwimmen

Die diesjährige Kanalschwimmsaison wird offiziell gestartet, wenn am 4. August der 24jährige türkische Schwimmer Murat Güler als erster den Versuch unternimmt, die 34-Kilometer-Strecke Calais—Dover zu durchschwimmen. Der belgische Geschäftsmann Fernand Dumolin, der im Vorjahr in 21:57 Stunden erfolgreich war, will in diesem Jahre beide Richtungen mit nur einer 15-minütigen Pause an der Küste Englands zurücklegen. Dumolin trainierte in der Maas und hat dabei bereits 65 Kilometer geschwommen.

Die Kanalschwimmsaison hat in diesem Jahre mehr Schwimmer angezogen, als in irgendeinem anderen Jahre, seit es Captain Webb im Jahre 1911 erstmalig glückte. In einem Gemeinschaftsschwimmen werden 29 Teilnehmer aus 13 Nationen den Versuch unternahmen, während eine weitere große Zahl anderer die Durchquerung allein vornehmen will. Unter ihnen befindet sich auch der Argentinier Jorge Suden, der vor nicht allzulanger Zeit kurz vor dem Ziel der 400-Kilometerstrecke Rosario-Buenos Aires im Paranaftau aufgeben mußte. Ein weiterer Teilnehmer ist der einbeinige französische Seemann Roger Robineau, der bereits die acht Kilometerstrecke quer durch den Hafen von Marseille durchschwamm und zur Zeit in der Marne trainiert.

Die Schwimmer über den Bodensee
Drei Schwimmerinnen und ein Schwimmer aus der Schweiz unternahmen am Sonntag von Friedrichshafen nach Romanshorn über 14 Kilometer einen Ueberquerungsversuch

des Bodensees. Wenige Kilometer vor dem Zielort mußten sie ihr Vorhaben jedoch wegen eines plötzlich auftretenden Sturmes aufgeben und von den Begleitbooten übernommen werden.

Boxen beim KSV 1884
Am Freitag, 4. August, um 20 Uhr, stehen sich auf dem bekannten KSV-Sportplatz hinter der Uhlenschule die Kampfstaffeln von Eiche Lampertheim — KSV 1884 Mannheim gegenüber. Lampertheim hat sich durch seine Siege über ASV Speyer, 1. FC Kaiserslautern und Tura Ludwigshafen im südwestdeutschen Raum einen guten Namen verschafft.

Rheinland-Auswahl zum Handball-Vergleichskampf gegen Südbaden
Der Handballverband Rheinland hat für das Repräsentativ-Rückspiel gegen Südbaden am 6. August in Lahr folgende Vertretung nominiert: Fraude-Schulz, Vogolin, Betzler, Weiler (alle SpVgg. Andernach), Montermann, Hahn (beide Mülheimer SV), Lunkenheimer (Post Koblenz), Schlich, G., Schlich, H., Rüber (alle Grünweiß, Obermendig), Schmitz oder Oster (beide SC Pfalz).

Wozu der Toto mißbraucht wird
Alle Gerüchte über einen Vereinswechsel des Läufer Spundflasche nach dem Westen wurden am Donnerstag vom HSV demontiert mit dem Hinweis: daß sich der bekannte Spieler durch die Uebernahme einer Totowettannahme noch mehr als bisher an Hamburg binden wird.

Moskau - Heute!

Erlebnisbericht von einem, der dort war ...


Am Freitag, 4. August, abends 20 Uhr, im „Schwarzes Schiff“, Heidelberg-Neuenheim.

Es spricht: Heinrich Holle, Heidelberg

Die Bevölkerung ist herzlichst eingeladen! Unkostenbeitrag — 30 DM.

Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion Gruppe Heidelberg

Kartenvorverkauf: H. Deubler, Zeitungskiosk Hauptpost und Gewerkschaftshaus, Zimmer 26.



Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN

Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

75. Fortsetzung

Das tat er fast mechanisch, sobald er das Rasseln der Ankerkette hörte.

Der Steward hatte es gern, wenn bedeutende Gäste kamen. Allerdings machte Loß auf ihn keinen besonderen Eindruck. Er hatte ein abgetragen Militärmantel an, khakifarbene Hosen und wenig schöne Torbuse.

In der Kajüte des Kapitäns glänzte alles vor Sauberkeit. Die ungewohnte Umgebung und die außerordentliche Reinlichkeit brachten Loß in Verlegenheit. Verstoßen betrachtete er den Raum. Unter dem strengen Blick des Stewards setzte er sich vorsichtig in den Sessel, der in einem weißen Überzug steckte, erhob sich wieder, schaute auf die Sitzfläche, nahm dann aber allen Mut zusammen und ließ sich endgültig in den Sessel fallen.

„Saubere ist es bei Ihnen!“ wandte er sich begeistert an den Steward.

„Wir leben ja auch auf dem Wasser!“ antwortete dieser, trat auf Loß zu und bemerkte streng: „Das ist der Sessel des Kapitäns. Setzen Sie sich bitte auf das Sofa!“

Loß fügte sich gehorsam. Der Steward stäubte den Sessel mit einer Serviette ab. Lächelnd trat der Kapitän ein, drückte Loß kräftig die Hand und sagte herzlich: „Nun, Robinson, das Wiedersehen müssen wir mit einem Bitteren begießen. Einen Schnaps habe ich, direkt für Götter, Kognak...! Aber warum gehen Sie am Stock?“

„Hab mir das Bein gebrochen, Michail Petrowitsch. Doch jetzt ist schon alles verheilt.“

„Da bietet sich ja noch eine gute Gelegenheit, auf die Gesundheit zu trinken“, sagte der Kapitän gutmütig und zog die Flasche zu sich heran.

„Paß auf, was du trinken wirst! Auf dem Etikett sind so viele Sternchen wie im Sternbild des Orion“, rief er aus, gleich zu „Du“ übergehend.

„Michail Petrowitsch, gibt es auf deinem Schiff Kartoffeln? Ein ganzes Jahr habe ich keine gesehen.“

„Mitritsch, bring mal diese wertvollen Erdäpfel!“ befahl der Kapitän, zum Steward gewandt.

Die alten Freunde stießen an. Der Kapitän strich sich mit der Serviette über den grauen Schnurrbart und fragte mit verschmitzten Augenzwinkern:

„Nun, wie schmeckts?“

„Der Schnaps ist gut, aber der Imbiß noch besser!“ brummte Loß, der tüchtig in die Bratkartoffeln einhieb.

Sie stießen noch mal auf die Ankunft des Schiffes an, dann auf das gute Wetter.

„Was für Neuigkeiten gibt es auf dem Kontinent, Michail Petrowitsch? Habt Ihr Zeitungen mitgebracht?“

„Alles, alles habe ich mitgebracht. Für das ganze Jahr. Wirst jetzt alte Zeitungen lesen wie Romanfortsetzungen. Mit Mühe und Not habe ich einen vollständigen Jahrgang aufgetrieben. Wo soll man sie hernehmen, die alten Zeitungen? Im Revolutionskomitee des Gouvernements haben wir sie aus dem Archiv ausgegraben. Nun... auch Leute habe ich dir mitgebracht.“

„Wen denn?“

„Drei Lehrer. Eine Sanitätsabteilung des Roten Kreuzes — fünf Mann hoch. Wie du

siehst, eine Menge Leute! Solche Spezialisten hat dieses Gebiet noch nie gesehen.“

„Ausgezeichnet!“ rief Loß erfreut aus.

„Mitarbeiter des Revolutionskomitees — sechs Mann. Einen Millizmann.“

„Hm, ein Millizmannern fehlt es hier. Bei uns wird doch geschmuggelt.“

„Dieser Millizmann ist allein zwanzig Leute wert. Ein baumlanger Kerl mit einem Schnurrbart, da komme ich nicht mit. Ein demobilisierter Rotarmist aus Barnaul. Ein ergötzlicher Bursche! Kam einmal zu mir auf die Brücke, sah sich die Instrumente an, die Karte, auf der ich den Kurs einzeichne, und fragte: „Ist das schwer, Kapitän studieren?“ — „Jedenfalls schwerer“, sage ich, „als Millizmann werden.“ — „Na, na“, sagt er, „die Milliz, das ist die allerwichtigste Einrichtung. Die sieht auf Ordnung.“

Der Kapitän schwieg ein Weilchen.

„Nun, auch Angestellte der Pelzfaktoreien sind mitgekommen. Du weißt doch, die North Company ist „abgebrannt“. Wir haben den Vertrag mit ihr gelöst. Sie wird liquidiert. Jetzt ist eine sowjetische Ochotsk-Kamtschatkaer Fischfangaktiengesellschaft gegründet worden. Abgekürzt heißt sie „OKFAG“. Da haben sie sich ein Wort ausgedacht! Klingt direkt fremdländisch! Diese OKFAG wird auch den Pelzhandel übernehmen. Na, und die North Company — good bye!“

Diese Mitteilung setzte Loß in Erstaunen. Und zwar wunderte er sich, weil man in Moskau, wie er und Andrej glaubten, doch nicht die Lage an Ort und Stelle kennen konnte und trotzdem die richtige Entscheidung getroffen hatte. Es war sogar ärgerlich, daß der Beschluss ohne ihn, den Bevollmächtigten des Revolutionskomitees, gefaßt worden war. Mit einem Seufzer sagte er:

„Daß die North Company liquidiert werden muß, darauf sind wir selbst gekommen. Nur, der Teufel soll's holen, unsere Post liegt bis heute in der Schublade. Hätten wir Verbindung gehabt, dann hätten unsere Vorschläge direkt ins Schwarze getroffen...“

„Also hat Moskau deine Gedanken vorweggenommen?“ fragte der Kapitän lächelnd.

„Hm, ja! Erstaunlich! Moskau liegt soweit von hier, und doch wittern sie, was hier not